

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera
Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte
Band: 63 (2013)
Heft: 1

Artikel: Walter Stuckis Aufruf an die Nation von 1937 : Projekt einer eidgenössischen Sammelbewegung
Autor: Kreis, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-325284>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Walter Stuckis Aufruf an die Nation von 1937

Projekt einer eidgenössischen Sammelbewegung

Georg Kreis

Summary

Between WWI and WWII the political activists faced the alternative: either to find a majority by a coalition on the right or the left side, including the forces on their radical wings; or a coalition in the centre, excluding the forces on the two wings. Until about 1935 the first concept was in the foreground. From 1938 onwards, however, the second concept asserted itself. In the interval, the Radical National Councillor Walter Stucki became the focus of attention with his appeal for a Coalition of the Centre in 1937. The following contribution looks at the motives of the protagonist, at the reaction of his own party as well as of wider political circles. These reactions allow us to draw conclusions concerning the political state of Switzerland at the time.

Die Einführung des nationalrätlichen Proporzwahlrechts von 1919 hatte für das gesamte schweizerische Parteigefüge eine doppelte Konsequenz: Die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) verlor ihre Führungsrolle und wurde zu einer Kraft neben anderen. Und: Mit der Verbesserung der Wahlchancen für kleinere Parteien trat ein, was aus der Sicht der grossen Parteien als «Zersplitterung» der Kräfte bemängelt wurde. Damit verschärfte sich die Frage, wie mit einigermassen beständigen Mehrheiten die nötige Regierbarkeit hergestellt werden konnte. Grundsätzlich bestanden zwei Konzepte: entweder mehrheitsbildende Zusammenschlüsse auf der rechten oder auf der linken Seite je unter Einbezug radikaler Flügelkräfte und scharfer Abgrenzung zur Gegenseite; oder ein Zusammenschluss in der Mitte unter Ausschluss der Flügelkräfte.

Georg Kreis, Historisches Departement der Universität Basel, Hirschgässlein 21, 4051 Basel (zugleich: Europainstitut der Universität Basel, 4020 Basel), georg.kreis@unibas.ch.

Bis etwa ins Jahr 1935 stand das erste, vor allem die Konfrontation praktizierende Verhaltensmuster im Vordergrund. 1938 setzte sich dann aber das zweite, vor allem den Kooperationsbedarf betonende Verhaltensmuster durch. Dazwischen gab es Jahre der Unentschiedenheit. Im Juni 1934 hatte die vor allem von Gewerkschaften, Angestelltenverbänden und Jungbauern vorgebrachte Kriseninitiative für eine antizyklische Krisenbekämpfung zwar eine Niederlage eingesteckt. Mit 42,8 Prozent Zustimmung (bei einer Stimmbeteiligung von 84,4 Prozent) erzielte sie immerhin einen Achtungserfolg.¹ Dieser verwies auf die Möglichkeiten, dass die Entwicklung entweder auf eine Mitte-Links-Mehrheit unter Ausschluss des linksradikalen Flügels oder im Sinne einer «reaktionären Reaktion» auf einen Rechtsblock unter Einschluss rechtsradikaler Kräfte zulaufe. Beide Varianten rekurrten übrigens auf das Volk beziehungsweise die «Volksgemeinschaft», aber mit dem wesentlichen Unterschied, dass die eine Variante mit dringlichen Bundesbeschlüssen eine autoritäre Führung der Volksmassen und die andere Variante die demokratische Volksbasis stärken und das Dringlichkeitsregime abbauen wollte.

In dieser Phase meldete sich 1937 der freisinnige Nationalrat Walter Stucki mit seinem Aufruf für einen Zusammenschluss der Mitte. Eugen Dietschi schreibt später in seiner offiziellen Parteigeschichte, diese Rede habe «wie eine Bombe» eingeschlagen.² Und bereits in der Zeit fühlte sich der Publizist Johann Baptiste Rusch bei diesem Auftritt an die berühmte Spitteler-Rede von 1914 erinnert, sah in ihm also «eine Rede von historischem Wert».³ Der folgende Beitrag interessiert sich sowohl für die Motive des handelnden Protagonisten als auch, und noch mehr, für die Reaktionen der eigenen Partei sowie des weiteren politischen Umfeldes, aus denen Rückschlüsse auf den politischen Zustand der politischen Schweiz jener Zeit gewonnen werden können.

Zur Aktion vom Mai 1937 gibt es in dem Teil des Privatnachlasses Stucki, der im Schweizerischen Bundesarchiv aufbewahrt ist, ein Dossier mit einer vom Depositär selbst vorgenommenen Zusammenstellung

1 Vgl. Artikel Weltwirtschaftskrise in HLS, Bernard Degen 26/11/2009. Zum breiteren Kontext die nicht überholte Gesamtdarstellung: Roland Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, Lausanne 1974.

2 Dietschi, 1979, S. 146 (vgl. Anm. 6).

3 «Ein zeitgemässes Wort», Frontseite der National-Zeitung vom 29. Mai 1937. – 1974 wurde zum 100-Jahr-Jubiläum der ersten Totalrevision der Bundesverfassung ein vom Bundesrat herausgegebenes «Lesebuch» mit CH-Texten publiziert, in dem selbstverständlich die Spitteler-Rede enthalten ist und die Stucki-Rede, wie der im Anhang abgedruckte Text zeigt, ebenfalls hätte berücksichtigt werden müssen.

von Aufzeichnungen, Korrespondenzen und Zeitungsausschnitten.⁴ Die folgenden Ausführungen zur Aktion von 1937 beruhen zur Hauptsache auf der Auswertung dieser Dokumentation. In der Literatur ist die Intervention da und dort bereits kurz erwähnt, aber nie gründlich untersucht worden. Da die schweizerische Parteiengeschichte alles in allem nur schwach entwickelt ist⁵ und es insbesondere keine neuere Geschichte der freisinnigen Partei gibt⁶ und weil schliesslich auch die Zwischenkriegszeit kein privilegiertes Forschungsfeld mehr ist, bewegt sich der Beitrag weitgehend im Neuland.⁷ Die jüngsten und doch bereits einige Jahr zurückliegenden Forschungsbeiträge stammen von Pietro Morandi (1995) und Oliver Zimmer (1996) und gelten vor allem den Vorgängen auf der linken Seite des Politspektrums.⁸ In der politischen wie der wissenschaftlichen Debatte stand die Frage im Vordergrund, wie sich die schweizerische Sozialdemokratie unter Preisgabe des Diktatur-

4 Privatschatz Stucki im Bundesarchiv Bern: BAR J1.131#1000/1395#28 und 29 (etwa 80 Dokumente, mehrheitlich Unikate und einige Zeitungsausschnitte). Selbstverständlich fragt man sich, ob die Zusammenstellung einer bestimmten Tendenz folgte. Dies scheint aber nicht der Fall zu sein. – Der Vf. hat sich die erforderliche Einsichtserlaubnis bereits am 21. Mai 1974 vom Sohn Lorenz Stucki geben lassen. Derzeit ist eine umfassende, von Konrad Stamm erarbeitete Biografie in Vorbereitung, die noch in diesem Jahr (2013) im Verlag NZZ Libro erscheinen wird.

5 Die Parteiforschung ist, wenn man von den Freiburger Beiträgen absieht, weitgehend an die Politologie abgetreten und die von Erich Gruner lancierte historische Parteiforschung kaum weitergeführt worden. Abgesehen von der von Urs Altermatt und David Luginbühl im HLS (Bd. 9, 2010) zusammengestellten Übersicht muss man immer noch auf Gruners Gesamtdarstellung von 1977 (2. Aufl.) zurückgreifen.

6 Die beiden vorliegenden Parteigeschichten sind von FDP-Mitgliedern verfasst worden: Ernst Steinmann, *Geschichte des schweizerischen Freisinns*, Bern 1955. Als Bd. 1, dem kein 2. Bd. folgte. – Eugen Dietschi, *60 Jahre eidgenössische Politik. Ein Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns*. Bern 1979.

7 Auf Initiative von Detlef Lehnert von der Freien Universität Berlin und unterstützt von der Hugo Preuss-Stiftung gibt es eine auf die deutschen Verhältnisse fokussierte historische Demokratieforschung, die auch den internationalen Vergleich sucht und sich auch für die schweizerischen Gegebenheiten interessiert. So hat der Vf. im Rahmen dieser Aktivitäten den Beitrag zur Verfügung gestellt: «Auf dem Weg zur schweizerischen «Volksgemeinschaft», 1933–1938. Vom konfrontativen Interessenkampf zur wechselseitigen Anerkennung von Gruppeninteressen», in: Detlef Lehnert, *Gemeinschaftsdenken in Europa. Das Gesellschaftskonzept «Volkshaus» im Vergleich 1900–1938*, Köln: Böhlau, 2013 (im Druck). Historische Demokratieforschung Bd. 5.

8 Pietro Morandi, *Krise und Verständigung. Die Richtlinienbewegung und die Entstehung der Konkordanzdemokratie 1933–1939*, Zürich 1995. – Oliver Zimmer, «Die ‘Volksgemeinschaft’ – Entstehung und Funktion einer nationalen Einheitssemantik in den 1930er Jahren in der Schweiz», in: Kurt Imhof et al. (Hg.), *Konkordanz und Kalter Krieg*, Zürich 1996, S. 85–111. – Noch weiter zurück liegen die noch immer wichtigen Beiträge von Oskar Scheiben, *Krise und Integration. Wandlungen in den Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1928–1936. Ein Beitrag zur Reformismusdebatte*, Zürich 1987. – Ders., «Instabilität, die Stabilität bewirkt. Gegenläufige Prozesse in Gesellschaft und Organisation am Beispiel der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1930–1935», in: Andreas Ernst et al. (Hg.), *Kontinuität und Krise. Sozialer Wandel als Lernprozess. Festschrift für Hansjörg Siegenthaler*, Zürich 1994, S. 225–241.

paragraphen und unter Zustimmung zur militärischen Landesverteidigung den bürgerlich-nationalen Positionen angenähert hat.⁹ Nur wenig beachtet wurde dagegen, dass es auch auf der rechten Seite des Politspektrums partielle Annäherungen mit der grundsätzlichen Anerkennung der Arbeiterbewegung und ihrer Forderung (Krisenbekämpfung mit Ausgabenpolitik statt mit Austeritätspolitik) gab.

Der um 1938 sich etablierende Konsens wurde als Folge eines Zusammenrückens angesichts äusserer Bedrohung und als Sammlung unter der Losung der «Geistigen Landesverteidigung» verstanden. Dieser Beitrag zeigt, dass bei diesem Zusammenschluss auch ein anderes Motiv und eine andere Verständigung im Spiel waren. Die Kräfte der Mitte sahen die Bedrohung weniger in einer direkten Einwirkung von aussen als vielmehr darin, dass der rechtsbürgerliche Block zur Ausschaltung der Linken ein diktaturähnliches Regime nach dem ermunternden Vorbild des Auslands (Italien und Deutschland) aus dem eigenen Inneren errichten könnte.

Mehrere Stellungnahmen weisen allerdings darauf hin, dass auf beiden Seiten die Neigung, sich mit extremen Kräften zu verbinden, nicht gross war. Das Mitte-Links-Verständnis von Volksgemeinschaft lehnte ein Zusammengehen mit den Kommunisten in einer gemeinsamen «Volksfront» ab. 1936 erklärte beispielsweise der Gewerkschafter Max Weber, eine Einheitsfront mit der KP sei «schlechthin unvereinbar» mit der Bildung eines starken demokratischen Blocks.¹⁰ Auch auf der bürgerlichen Seite war schon 1937 und sogar bereits zuvor klar, dass ein Zusammengehen mit den (auch nicht ins Gewicht fallenden) Kräften auf dem äusseren rechten Flügel des schweizerischen Politspektrums nicht in Frage kam. Die vom freisinnigen Parteisekretariat zusammengestellte Presseschau vom August 1937 schloss mit der Bemerkung: «Für kommunistische und frontistische Zitate mangelt uns der Platz. Sie sind irrelevant für die weitere Entwicklung, weil diese politischen Gruppie-

9 Zwei exemplarische Arbeiten: Thomas Buomberger, *Kooperation statt Konfrontation. Die Winterthurer Arbeiterschaft während der Krisenzeit der 1930er Jahre*, Winterthur 1985. – Otto Lezzi, *Sozialdemokratie und Militärfrage in der Schweiz*, Frauenfeld 1996.

10 Scheiben, 1987, S. 256. – Unter dem Eindruck der Machtergreifung der Nationalsozialisten hatte der radikalen SP-Nationalrat Ernest Paul Graber, Chefredaktor der «Sentinelle», bereits im Sommer 1933 den Versuch unternommen, mit der bürgerlichen Seite ins Gespräch zu kommen, um zu vermeiden «qu'un fossé toujours plus grand ne se creusât entre la droite et la gauche». Zit. nach dem Protokoll der Neuen Helvetischen Gesellschaft, dessen Zentralvorstand sich am 1. Juli 1933 mit Grabers schriftlichem Gesprächsangebot befasst hat. Graber fragte im Weiteren nach den Voraussetzungen, die seine Seite schaffen müsse, damit ein derartiger Kontakt möglich würde. Die Reaktion des Vorstands bestand in vorsichtiger Gesprächsbereitschaft (Bestand NHG in der Handschriftenabteilung der Nationalbibliothek, Bd. 4/1).

rungen sich bewusst ausserhalb unserer demokratischen Staatsform aufhalten und eine Zusammenarbeit mit ihnen nicht in Frage kommen kann.»¹¹

Mai 1937: ordentliche Delegiertenversammlung in Luzern

Walter Stucki erregte mit seinem Auftritt am 23. Mai 1937 vor der freisinnigen Delegiertenversammlung grosses Aufsehen sowohl zustimmender als auch ablehnender Art. Die hohe Beachtung erklärt sich mit dem Ansehen des Referenten und den von der bisherigen Parteilinie abweichenden Aussagen.

Zum Ansehen des Referenten: Stucki war bis vor kurzem Leiter der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements und seit 1935 Berner freisinnig-demokratischer Nationalrat.¹² Der 46jährige war bereits seit 1934 mehrfach als Bundesrat im Gespräch gewesen. Im April 1934 wurde er in den Medien als Nachfolger des katholisch-konservativen Bundesrats Jean Marie Musy gehandelt, noch bevor dieser wirklich zurückgetreten war.¹³ Und als im Dezember 1934 vorübergehend mit dem Rücktritt des freisinnigen Bundesrats Schulthess gerechnet werden musste, war erneut von Stucki die Rede.¹⁴ 1937 bemerkte ein Blatt, Stucki werde als «achter Bundesrat» bezeichnet.¹⁵ In den politisch hoch bedeutsamen Bundesratsersatzwahlen vom Dezember 1940 war Stucki nochmals als möglicher Kandidat im Gespräch, obwohl er damals bereits seit drei Jahren als schweizerischer Botschafter in Frankreich tätig war.¹⁶

Zur zentralen Aussage: Sie bestand darin, dass statt Dringlichkeitspolitik mit knappen Parlamentsmehrheiten jetzt eine breit abgestützte Verständigung nötig sei. Dies bedinge eine Öffnung gegen links, ohne

11 Die Presseschau vom August 1937.

12 Zu Stuckis Doppelfunktion als Mitglied der Exekutive wie der Legislative bemerkte die *Berner Tagwacht* halb anerkennend, halb maliziös, dass ihm wegen seiner besonderen Verdienste, aber doch der Gewaltentrennung nicht entsprechend, gestattet worden sei, sowohl der Exekutive als auch der Legislative anzugehören (24. Februar 1937). Das trifft nicht wirklich zu, Stucki hat sich von der Exekutiven einen privatrechtlichen Vertrag geben lassen; vgl. Rechtfertigung Stuckis und Presseauschnitte im Privatnachlass BAR: J1.131#1000/1395#26*.

13 Zum Beispiel *Das Volk* vom 19. März 1934, das von einer parteiunabhängigen «Fachkandidatur» sprach. Recht positiv auch das katholisch-konservative Blatt *Neue Zürcher Nachrichten* vom 14. März 1934. Allerdings wurde auch das Problem angesprochen, dass der Kanton Bern mit Minger in der Landesregierung bereits vertreten war.

14 *Tribune de Genève* vom 24. Dezember 1934.

15 *Berner Tagwacht* vom 24. Februar 1937 (Abendausgabe).

16 Die Berner Freisinnigen wollten den Anspruch der Bauern-Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) jedoch nicht in Frage stellen (*Der Bund* vom 22. November 1940).

dass deswegen die Unterstützung der Rechte geopfert werden müsse. Nötig sei darum eine echte Zusammenarbeit aller Kräfte, also auch der Sozialdemokraten, die auf vaterländischem Boden stünden und die demokratische und bürgerliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bejahten. An die Adresse der eigenen Partei bemerkte er, man solle «Einkehr und Beweis der Wandlung» nicht immer nur von anderen erheischen, sondern auch seinerseits einen Schritt vorwärts zu tun bereit sein. Es seien «Gräben zu überbrücken und unzeitgemässe Scheidewände niederzureissen». Im Weiteren vgl. die im Anhang in extenso wiedergegebene Rede.

Stuckis Botschaften waren mindestens für das eigene Parteikader keine Überraschung. Bereits zuvor war dieser Forderung in der Presse präsentiert worden. *Der Bund* hatte bereits ausführlich über Stuckis Auftritt vor dem freisinnig-demokratischen Zentralvorstand des Kantons Bern vom 13. Februar 1937 berichtet. Teilweise in Originalzitate konnte man da nachlesen, dass Stucki die «Richtlinienbewegung» der Mitte-Links-Kräfte¹⁷ zwar nicht unterstütze, deren Bestrebungen aber anerkenne und sich eine Zusammenarbeit in Einzelfragen vorstellen könne. Die Arbeiterschaft bekenne sich neuerdings zu Grundsätzen, die dem Freisinn schon immer wichtig waren. Die wichtigen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik sollten darum nicht weiterhin mit dringlichen Bundesbeschlüssen geregelt werden. Der «parteilpolitischen Zerfleischung des Schweizervolks» müsse entgegengewirkt, die bestehende Verständigungsmöglichkeit ausgeschöpft werden. Die demokratische Mehrheitsbildung müsse angestrebt werden, jedoch nicht über einen Ausbau des Rechtsblocks oder des Linksblocks, sondern über eine Erweiterung der «Zusammenarbeit der Mitte». Dazu gehöre, wie er explizit sagte, «ein wesentlicher Teil derjenigen, die heute rechts von uns stehen». Vor allem müsse aber die Arbeiterschaft einbezogen werden, die heute «unendlich viel näher» stehe als noch vor kurzer Zeit. Die Aufzählung der einzubeziehenden Kräfte nannte im weiteren auch die Bauern und die Welschen. Kurz: Es müsse auf ein Zusammenwirken der besten Kräfte «für das Verbindende, das Gemeinsame innerhalb der grossen Gruppen unseres Landes» hingewirkt und so der

17 Die Richtlinienbewegung setzte sich für die Abkehr vom Dringlichkeitsregime, die Beendigung des Lohnabbaus für Arbeitnehmer und des Preisabbaus für Bauern, Arbeitsbeschaffung für das Gewerbe sowie Exportförderung für die Industrie, finanzpolitisch eine Steuerreform sowie die bessere Unterstützung der Arbeitslosen und die Einführung der AHV ein (vgl. Artikel von Bernard Degen 06/02/2009 im HLS). Die Mitte-Linke-Kräfte wählten den vorsozialistischen Begriff der «Richtlinien», die mehr sein sollten als bloss punktuelle Forderungen und weniger als ein geschlossenes Programm. Vgl. Morandi, 1995, S. 131.

«verlorengegangene Glaube des Volkes» an die Möglichkeiten der Staatspolitik wiederhergestellt werden.¹⁸

In jener Sitzung vom Februar 1937 war zu entscheiden, ob die Freisinnigen der «Richtlinienbewegung» beitreten würden. Der Beitritt wurde mit 32:3 Stimmen deutlich abgelehnt. Ludwig Rittmeyer, seit 1935 St. Galler Nationalrat und in den Jahren 1933–1935 Präsident der Jungliberalen Bewegung der Schweiz, wollte das als nur provisorischen Entscheid verstanden wissen, bis ein Parteitag definitiv darüber entscheide. Das wurde aber mit 19:19 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten, des Neuenburger Ständerats Ernest Béguin, abgelehnt. Mehr Erfolg hatte Ernst Flükiger mit seinem Antrag, die Möglichkeit offen zu behalten, zu einem späteren Zeitpunkt einem revidierten und allenfalls akzeptableren «Richtlinienprogramm» doch noch beizutreten, was mit 27:8 Stimmen gutgeheissen wurde.¹⁹

Später hatte Stucki sich gegen den Vorwurf zu wehren, den Freisinn zu spalten und einen Graben im Verhältnis zu den Welschen zu schaffen, so dass er mehrfach betonen musste, mit seiner Aktion der Grabenüberwindung doch nicht einen neuen Graben in Kauf nehmen zu wollen. Stucki sprach sich «in aller Schärfe», wie er betonte, «gegen die extremen Gruppen sowohl rechts wie links» aus, nicht aber «gegen demokratisch gesinnte wichtige Volksteile innerhalb der beiden Extreme», was offenbar eine mögliche Kombination war. Die Aufgabe sei «ungeheuer schwierig», aber nicht unlösbar und müsse jedem ein Anliegen sein, «dem es wirklich ernst ist mit der Forderung, unsere demokratische Staatsform auch durch die Stürme der jetzigen Zeit hindurchzuführen».²⁰

Zu den im *Bund* veröffentlichten Ausführungen vom Februar 1937 gehörte die unmissverständliche Versicherung, keine persönlichen Karriere-Ambitionen zu verfolgen. Unter starkem Beifall (wie in einem Pressebericht festgehalten wurde) habe Stucki vor dem Berner Parteivorstand erklärt: «Ich will weder Bundesrat noch viel weniger Leiter einer schweizerischen 'Volksfront' werden.»²¹ Eine derartige ebenfalls mehrfach abgegebene Absage war offenbar nötig, sie bewahrte ihn aber nur wenig davor, dass seine Gegner immer wieder behaupteten, er verfolge mit seiner Haltung persönliche Ziele.²² In einer zahlreichen

18 *Der Bund* vom 22. Februar 1937.

19 Protokoll der 4. Sitzung des Zentralvorstands vom 13. Februar 1937, Hotel Bristol in Bern, 17 S. Ferner Morandi, 1995, S. 326ff.

20 *Der Bund* vom 22. Februar 1937.

21 *Der Bund* vom 22. Februar 1937.

22 Punkt 1 der Aufzeichnungen Stuckis zeigt «Beispiele wie die öffentliche Meinung im Welschland von Bern aus informiert wird». Darin die Aussage, er habe bereits im Herbst 1936 in der freisinnigen Fraktion der Bundesversammlung die bestimmte Erklärung

Zeitungen zugestellten Klarstellung hielt Stucki unter anderem fest, man möge ihm seine früheren Erklärungen glauben oder ihm wenigstens die Erkenntnis zutrauen «dass man sich nicht so exponieren darf, wie ich dies glaubte tun zu sollen, wenn man Bundesrat werden will».²³ Solche Erklärungen hielt beispielsweise das *Journal de Genève* nicht davon ab, mit der ausgesprochen gehässigen Verdächtigung zu reagieren: «M. Stucki, enfant chéri du Conseil fédéral (...) se retourne contre ces hommes (...) et médite de les chasser du Palais fédéral, pour prendre leur place avec une équipe radical-socialiste dont il serait le chef. (...) Ce personnage est si enflé du sentiment de son importance qu'il se voit déjà maître de nos destinées.»²⁴

Stuckis Position war, wie gesagt, der Parteileitung bekannt, als ihm der Zentralvorstand im Mai 1937 in Luzern die Gelegenheit gab, seine Vorstellungen ausführlich darzulegen. Gemäss Medienberichten wurde die Rede im Saal «mit machtvолlem Beifall» aufgenommen. Damit sollte es aber nicht sein Bewenden haben. Wie Stucki gegenüber dem Inlandchef der «Basler Nachrichten» betonte, sei aus der Mitte der Versammlung «nachdrücklich» die Aufforderung gekommen, mit einem Resolutionstext der Delegiertenversammlung Gelegenheit zu geben, sich die zentralen Aussagen der Rede zu eigen zu machen.²⁵ Stucki verfasste ad hoc einen Resolutionstext mit den folgenden Feststellungen:

Der Parteitag freut sich, dass grosse Kreise unseres Volkes, insbesondere die Arbeiterschaft, sich heute zu Grundprinzipien unserer Staatspolitik bekennen, die unsere Partei immer vertreten und hochgehalten hat. Sie konnte mit denen, die diese Grundsätze ablehnten, nicht zusammenarbeiten. Heute ist die Lage eine andere. Zwar kann die Partei der sogenannten Richtlinienbewegung nicht beitreten. Eine sachliche Zusammenarbeit auch mit diesen Kreisen scheint ihr aber zur Lösung wichtiger Landesfragen möglich und nötig. Sie ist hiez zu unter voller Wahrung ihrer politischen Selbständigkeit aufrichtig bereit.

abgegeben, niemals eine Kandidatur in den Bundesrat anzunehmen. Die Absage war auch im *Bund* vom 22. Februar 1937 nachzulesen.

23 Text von 5 Seiten ohne Datum.

24 Tribune de Genève vom 30./31. Mai 1937 und Stuckis Dementi im gleichen Blatt vom 5. Juni 1937, zit. nach Walter Wolf, *Faschismus in der Schweiz*, Zürich 1969, S. 320. Stucki hatte bereits in Luzern solche Reaktionen im Auge, als er bemerkte, dass sein Eintreten für die Sammlung der Mitte ihm «persönliche Verunglimpfung und gemeinen Hass» eingetragen habe (vgl. Anhang).

25 Stucki an Büchi (Inlandredaktor der *Basler Nachrichten*), 31. Mai 1937. Einem Brief, den Stucki am 1. Juni 1937 Vallotton schrieb, kann man entnehmen, dass die Geschäftsleitung die Resolution Stucki überlassen hat, dass er am Samstagabend den hier zitierten Text entworfen, ihn aber erst ins Spiel gebracht hat, nachdem aus dem Publikum ein Vorschlag für eine «verschwommene Resolution» vorgelegt worden war und er nicht «den Eindruck eines vollkommen hilflosen Parteitags» hinterlassen wollte.

Dieser Text stiess teilweise auf Ablehnung, obwohl darin beteuert wurde, dass der Freisinn schon immer auf dem rechten Weg gewesen sei, dass er trotz punktueller Kooperation auf jeden Fall seine Eigenständigkeit behalten werde etc. War Stucki schon damit zu weit gegangen, dass er die Möglichkeit der Zusammenarbeit überhaupt in Aussicht stellte? Oder störte der Eindruck, dass hier ein starker Mann einen starken Vorschlag machte? Jedenfalls fühlte sich ein Teil der anwesenden Parteidelegierten überrumpelt und empfand die Resolution als Überraschungscoup. Stucki hätte in Luzern, wie in der Presse richtig festgestellt wurde, leicht eine Mehrheit erringen können, er wollte aber nicht, dass sein Sammlungsaufruf paradoxerweise zu einem neuen Graben, jetzt zwischen Deutsch und Welsch, führe. So wurde die Resolution nicht verabschiedet, sondern den kantonalen Sektionen zur Vernehmlassung zugestellt, damit dann ein weiterer Parteitag auf Grund schriftlicher Berichte der Kantonalvorstände einen definitiven Beschluss fassen könne. Damit trat aber auch, wie von den Resolutionsgegnern damit wohl angestrebt, ein gewisser Bremseffekt ein.

Im Kader der freisinnigen Partei gab es jedoch weitere Stimmen, die sich für eine «Sammlung der Mitte» aussprachen. Gemäss den vorhandenen Unterlagen äusserte sich Ernst Flükiger, Grossrat und Chefredaktor des *St. Galler Tagblatts* sowie Mitglied des Zentralvorstands, an der gleichen Luzerner Delegiertenversammlung als Referent zur «Richtlinienbewegung» aufgeboten, zum Teil mit den gleichen Formulierungen für die gleichen Zielsetzung: Der Freisinn müsse «über die Schranken der Partei hinweg auch den Männern anderer Weltanschauung, die aufrichtig für den Weiterbestand unserer demokratischen Institutionen eintreten, zu vaterländischer Zusammenarbeit die Hand reichen. Nie war uns die Partei Selbstzweck (...). Freisinnig-demokratisch sein heisst vor allem ein guter Eidgenosse sein!»²⁶

Nicht überraschend war, dass Stuckis Aufruf in der Jungliberalen Bewegung der Schweiz Anklang fand. Stucki habe, heisst es in einem wohlwollenden Artikel über die Grundgedanken des «Stuckismus», die Spitzen des schweizerischen Freisinns recht unsanft in ihrer Ruhe ge-

26 Nicht näher identifizierter Zeitungsartikel, wahrscheinlich aus dem «St. Galler Tagblatt». – Erich Lohner, mit Jg. 1897 ehem. Präsident der Jungliberalen Bewegung und Mitglied des Zentralvorstands der FDP Schweiz, forderte in einem privaten, an Stucki gerichteten und zugleich an mehrere Politiker verschickten Schreiben vom 12. Februar 1937 ebenfalls, «dass die Kräfte des schweizerischen Liberalismus, die im Grunde zur Führung einer wahren Politik der Mitte vorbestimmt wären, sich in unfruchtbaren inneren Auseinandersetzungen aufreiben und damit den neuen Gruppen das Feld überlassen». Lohner unterstützte Stucki am Luzerner Parteitag mit einem Votum (Alfred J. Gebert, *Die jungliberale Bewegung der Schweiz, 1918–1938*. Bern 1981, S. 196).

stört. Das vom Freisinn als Ersatz für die Unterstützung der «Richtlinien» angebotene Gespräch mit allen Parteien dürfe nicht vom «hohen Ross» aus geführt werden.²⁷ Die Jungliberalen verstanden sich als Kraft der Mitte, sie machten sich zu Beginn des Jahres 1933 explizit für eine «Front der Mitte» stark und warnten die Mutterpartei vor einer «bürgerlichen Front». Weil extreme Richtungen stets die Oberhand gewannen, sollten Kräfte der Mitte nie Bündnisse mit diesen eingehen: Halb-rechts würde zu Ganz-rechts und vice versa. Darum solle die FDP wieder die Führung der schweizerischen Politik unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des ganzen Volkes übernehmen, was bedeutete, mindestens die gewerkschaftliche Linke einzubeziehen.²⁸

Die *Berner Tagwacht*, das Blatt der Berner Sozialdemokraten, würdigte sogleich Stuckis Position, nutzte dies aber auch, um die bürgerliche Rechte zu attackieren. Die freisinnigen «Dividenden-Gazetten» würden Stuckis Vorschlag vertuschen und verstärkt gegen die «Richtlinienbewegung» schiessen, und die «Rompreste» würde bereits direkt auf Stucki zielen. Sobald man «Volksideen und nicht Herrenideen» vertrete, werde man mit Dreck beworfen. Dies bleibe auch Stucki, dem vom Bundesrat eingesetzten «ersten Wirtschaftsführer des Landes», nicht erspart.²⁹ Im Organ der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände war von einem «discours courageux» die Rede, er habe ein grosses Echo ausgelöst und zeige, «que quelque chose est changé dans notre pays».³⁰

In der freisinnigen *Neuen Aargauer Zeitung* hatte Stucki einen besonders engagierten Verbündeten. Hier wurde den Rechtsfreisinnigen vorgeworfen, dass die in Deutschland erfolgte gewaltsame Unterdrückung der Linksparteien sie fasziniert habe und den Wunsch nach Nachahmung habe aufkommen lassen. In der schweizerischen Parteileitung würden «immer noch die unveränderten Ideen von anno 1933» spuken und man würde nicht den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen wollen. Dabei würden sich die deutschschweizerischen Gegner hinter der Ablehnung der Welschen verstecken.³¹

27 Georg C. L. Schmidt, in: Die neue Generation vom 1. Juli 1937.

28 Urs Dietschi in: *Liberale Jugend*, 5. Jg., Jan./Feb. 1933, S. 12–16. Der Vf. forderte im weiteren die Emanzipation der freisinnigen Partei von der Rechten und erklärte, dass man andernfalls «in Ermangelung eines Besseren» der Politik der Linken folgen werden, «die uns näher steht als die Rechte» (S. 15).

29 *Berner Tagwacht* vom 24. Februar 1937 (Abendausgabe).

30 Autor: Robert Hefti, Ausschnitt ohne Datum.

31 A., *Der Freisinn vor der Entscheidung I und II*, in: *Neue Aargauer Zeitung* vom 25. und 26. Juni 1937.

Die «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ) verhielt sich Stucki gegenüber zurückhaltend korrekt. Schon im Februar 1937 hatte sie ihn vor dem Vorwurf in Schutz genommen, einen Linksblock anzustreben. Es sei unrecht, so zu tun, als würde sich der geschätzte Politiker als Freund der «Richtlinien» und Prophet der «Volksfront» betätigen.³² Auch in der Berichterstattung vom Juni 1937 zur Ablehnung von Stuckis Resolution durch den Zürcher Freisinn finden sich mehrere entgegenkommende Einschätzungen: Es sei zu einer konstruktiven Auswertung der «Fanfarenstösse von Luzern» gekommen, Stuckis Resolution habe «ihre treffliche Wirkung» getan. Die Einigung müsse jetzt in einer Formulierung gesucht werden, die Stuckis Ideen Rechnung trage und in die Zusammenhänge stelle. Die Ablehnung durch die Zürcher FDP sei eine «aufgeschlossene» Zurückweisung gewesen.³³

Der stärkste Widerstand kam von den Freisinnigen der Suisse romande, und Hauptgegner war der Waadtländer Henry Vallotton, seit 1935 Präsident der freisinnigen Nationalratsfraktion, Befürworter einer antikommunistischen, korporatistischen und autoritären Linie.³⁴ Seine Einwände sind aber nur im Zusammenhang mit der folgenden Parteiversammlung in Olten fassbar.

Juli 1937: ausserordentliche Delegiertenversammlung in Olten

Am Oltener Parteitag vom 11. Juli 1937 stufte Nationalrat Vallotton Stuckis Resolution als improvisierte, irreguläre und unakzeptable Operation ein, welche die Partei in eine schwere Krise gestürzt habe. Inhaltlich lehnte er den Luzerner Entwurf aus folgenden Gründen ab: Die «Arbeiterschaft» (die Vallotton stets mit «masses ouvrières» übersetzte) habe sich gar nicht in die Mitte bewegt und müsste gar nicht neu wahrgenommen werden, weil sie schon immer dem Freisinn angehört habe. Stucki wolle gar nicht der Arbeitermasse entgegenkommen, sondern der sozialistischen Partei und deren Führern, das habe sein später nachgereichter Vorschlag gezeigt, der Sozialdemokratischen Partei in einem auf neun Mitglieder erweiterten Bundesrat zwei Sitze zu überlassen.³⁵ Ein besonders gewichtiger Vorwurf bestand in dem von Stucki

32 Frontseite NZZ Nr. 296 vom 18. Februar 1937.

33 Frontseite NZZ Nr. 1176 vom 29. Juni 1937.

34 Vgl. «Vallotton» in HLS von Marc Perrenoud. Im Februar 1936 veröffentlichte Vallotton ein Schriftchen zur Frage, ob man den Nationalrat abschaffen soll, um dann für gewisse Einschränkungen der Volkskammer einzutreten – «faire de lui une Assemblée digne du Peuple qu' il représente».

35 In der deutschen Schweiz war Willy Bretscher Stuckis stärkster Kontrahent. Zum allfälligen Einbezug der Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung auf

auf Vallottons Vortragstext mit einem handschriftlichen «unwahr!» bezeichneten Satz: Er habe sich für eine bedingungslose Zusammenarbeit ausgesprochen, «en ne fixant aucune condition à cette collaboration et en négligeant de la fonder sur certains principes communs de base». Weiter bemerkte der Waadtländer Kontrahent, interparteiliche Zusammenarbeit dürfe nicht improvisiert werden und müsse auf gegenseitigem Vertrauen beruhen, und sie soll nicht nur an eine speziell angesprochene Partei gerichtet sein, sondern für alle offen stehen. Stucki soll, erklärte Vallotton als «alter Hase», den politischen Experten so viel Vertrauen entgegenbringen, wie diese ihm, dem Neuling, in Wirtschaftsfragen entgegenbrächten. Vallotton bestritt, dass sich die Einstellung der sozialistischen Führung der Suisse romande geändert habe, und zweifelte an der Aufrichtigkeit der Sozialistenführer der deutschen Schweiz. Der Haupteinwand lag aber in der wohl nicht ganz aus der Luft gegriffenen Annahme, dass die derzeitigen Koalitionspartner («nos alliés actuels»), die Katholisch-Konservativen und die BGB, die Zusammenarbeit aufkündigen und die Freisinnigen dann zu Geiseln der Linken würden.³⁶

Stucki fühlte sich teils missverstanden, teils nahm er eine deutlich andere Einschätzung vor, wollte aber den Streit mit den Welschen, die ihre Vorstellung von der Linken stark am Genfer Léon Nicole festmachten, nicht verschärfen. Er blieb aber bei der Meinung, dass man die jüngsten Bekenntnisse der schweizerischen Sozialdemokraten nicht als «Lippenbekenntnisse» abtun dürfe, er verwies auf die konkreten Stellungnahmen in der Wehrvorlage, der Aussenhandelspolitik, in der Budgetfrage und in Lohnfragen sowie auf den «scharfen Trennungsstrich», den die Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten gezogen hätten.³⁷ Der «Bund»-Chefredaktor Schürch sagte von den Welschen in einem Schreiben an Stucki sarkastisch, um sie zu gewinnen, hätte man speziell mit ihren führenden Politikern «beim Weissen» reden müssen – jetzt hätten sie wieder etwas, das sie ablehnen könnten, weil es von

Bundesebene erklärte er, dass diese gar nicht nötig sei, weil sich die Sozialdemokratie heute glücklich schätze, sich hinter dem Rücken des Bürgertums verstecken zu können (Morandi, 1995 S. 327). Vgl. auch Bretschers Schrift: Von Luzern nach Olten, Zürich 1937, 18 S. (Separatum zu Artikeln aus der *Neuen Zürcher Zeitung*, Juli 1937, Nr. 1263, 1265, u. 1269).

36 Vallottons Redetext vom 11. Juli 1937 von 15 Seiten. Stucki musste sich auch gegen Vorwürfe der «La Suisse» wehren, vgl. sein Schreiben an diese Zeitung vom 2. Juni 1937. William Rappard, Genf, teilte Stucki am 1. Juni 1937 mit, er sei zwar ebenfalls für die «Erneuerung unseres Volksgemeinschaftsbewusstseins», sei aber auch der Meinung, dass die Wiederherstellung des budgetären Gleichgewichts oberste Priorität habe, der Staat dürfe nicht den wirtschaftlichen Sonderinteressen der verschiedenen Seiten ausgesetzt sein.

37 Zum Beispiel in Stuckis undatiertem Text «Klarstellung».

«Bern» komme, Eitelkeit würde da mitspielen.³⁸ Diese Differenzen traten aber weder am Parteitag noch in der Presseberichterstattung in Erscheinung. Der *Bund* berichtete beinahe euphorisch von der «nötigen und nützliche» Debatte. Damit sei nun aber die Diskussion über die Resolution von Nationalrat Stucki abgeschlossen – «und zwar in einem Geiste, welcher der ganzen eidgenössischen Politik von grossem Nutzen sein wird». Der Bericht des freisinnigen Blattes schloss mit der Würdigung, dass sich der Freisinn als «Volkspartei» und als «Trägerin der Politik der Mitte» erwiesen habe.³⁹

Die in Olten verabschiedete neue Resolution, an der auch Stucki mitgearbeitet hatte, trug den verschiedenen Einwänden Rechnung, sie signalisierte die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, knüpfte diese aber an Bedingungen, die von sozialdemokratischer Seite als Zumutung empfunden werden musste und denn auch empfunden wurde. Das Bekenntnis zur demokratischen Staatsauffassung und zur Landesverteidigung war nicht das Problem. Auch das Bekenntnis zum Privateigentum dürfte für die potentiellen Kooperationspartner akzeptabel gewesen sein, zumal es in Kombination mit «seiner sozialen Verpflichtung» genannt wurde. Wohl vorsätzlich dürfte als Kooperationshürde die Bedingung gestellt worden sein, dass die potentiellen Partnerparteien den Klassenkampf ablehnen⁴⁰ und die «grundsätzliche Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen» anerkennen sollten. Die FDP-Resolution anerkannte, dass sich «nun auch grosse Teile der sozialistischen Arbeiterschaft» zu den vom Freisinn hochgehaltenen Grundprinzipien der Staatspolitik bekannten, dass darum eine Zusammenarbeit in einzelnen Sachfragen möglich sei. Betont wurde jedoch: «Diese Zusammenarbeit bedeutet nicht die Preisgabe der bisherigen Beziehungen zu anderen Parteien in der eidgenössischen Politik, sondern deren Erweiterung.» An die Adresse der Welschen folgte die Feststellung, dass den einzelnen Landesteilen die notwendige Bewegungsfreiheit eingeräumt würde. Die Resolution schloss mit einem Aufruf zur Sammlung und zum Zusammenwirken der nationalen Kräfte, um so «unseren freien Bundesstaat zu erhalten und durch weitere soziale Verbesserungen zu

38 Schürch an Stucki, 2. Juni 1937.

39 W.E., Politische Zusammenarbeit, in: *Der Bund* vom 12. Juli 1937.

40 Die Linke verstand den Klassenkampf nicht als etwas, was durch ihre Politik betrieben wurde, sondern in den gesellschaftlichen Verhältnissen angelegt war und mindestens so sehr auch «von oben» betrieben wurde. Darum auch das Festhalten der SP in ihrer Stellungnahme vom Juli/August 1937, die Herrschaft des Kapitals überwinden zu wollen (vgl. unten).

festigen».⁴¹ «Sammlung» kam damit in allererster Linie innerhalb des Freisinns zustande. Das eigene Parteiorgan sprach davon, dass in Olten «restlose Einigung» erreicht worden sei. Damit seien die rechts und links lauernnden Kräfte enttäuscht worden, «die gierig darauf gewartet haben, sich je ein Stück aus dem freisinnigen Volkskörper anzueignen und einzuverleiben».⁴²

Stucki erklärte gegenüber dem St. Galler Nationalrat August Schirmer, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, der einen erheblichen Anteil an der Neuformulierung der Resolution hatte, er sei zur Verständigung bereit, «selbst wenn es Konzessionen an meiner unerschütterlichen Überzeugung kostet».⁴³ Zuvor hatte Schirmer, der mit Stuckis Anliegen weitgehend einverstanden war, vor der Gefahr gewarnt, dass «unsere Partei» jetzt auseinanderfallen könnte, und Stucki gebeten: «Bieten Sie die Hand dazu, nochmals einen Versuch zur Rettung der Partei zu machen.» In Olten erklärte Stucki dann, die Ersatzresolution des Zentralvorstands könne man zerzausen, wie man seine Resolution zerzaust habe, er wolle seinen Text aber wie verabredet zurückziehen. Sein «grosses Entgegenkommen» wurde mit Applaus verdankt.⁴⁴

Katholisch-Konservative Stimmen nahmen Stuckis Vorstoss skeptisch auf, warnten ein weiteres Mal vor den Sozialdemokraten, witterten bei den Freisinnigen die Absicht, die «Führung im Staat» wieder übernehmen, sozusagen «zurückerobern» zu wollen. Ein nicht weiter identifizierbarer Artikel mit dem Titel «Minister Stucki und die konservative Presse» bemerkte, dass Stucki zur Zielscheibe klerikaler Angriffe geworden sei, weil er im Freisinn die nötige Selbstkritik gewagt habe. Der katholisch-konservative Bundesrat Giuseppe Motta erklärte in seiner Reaktion immerhin, dass man weder einen Rechts- noch einen Linksblock wolle, «sondern einen mittleren Block der Leute guten Willens».⁴⁵

41 Der Resolutionstext war etwa viermal länger als Stuckis Entwurf, weshalb er hier nicht in extenso wiedergegeben wird. Weiter Informationen im zweiteiligen Beitrag «Von Luzern nach Olten» in der NZZ Nr. 1263 und 1265 vom 12. und 13. Juli 1937.

42 Vom Herausgeber, «Die Einigung». In: *Politische Rundschau*. Hg. v. Generalsekretariat der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, 16. Jg., August 1937, S. 281–287. Erstplatzierter Beitrag, mit Presseschau ohne Angaben von Daten.

43 Stucki an Schirmer, 26. Juni 1937.

44 «Herr Stucki verdient für seinen mutigen Vorstoss und für seine Loyalität Dank, und der Parteitag hat ihm Genugtuung gegeben, die Hass und Kleinmut, welche er über sich ergehen lassen musste, tief verdeckt.» (*Der Bund* vom 12. Juli 1937).

45 Vgl. Lukas Röllli-Alkemper, *Die Schweizerische Konservative Volkspartei 1935–1943*, Freiburg 1993, S. 41. Zur Haltung des «Vaterland» in den 1930er Jahren vgl. Kurt Imhof, «Lernen von Aussen? Oder: die Betrachtung des Irrationalen als Voraussetzung der

Besonders bissig reagierte die sozialdemokratische Seite. Sie sprach von einem «Begräbnis 1. Klasse» und goss Hohn und Spott auch über Stucki: «Wie wenig Widerstand Stucki und sein Anhang – nach Luzern, wo sie den Sieg schon in der Tasche hatten! – noch leisteten. Die Luzerner Gelegenheit verpasst, sah Stucki seine Niederlage voraus und fürchtete sie. Darum bot er Hand zum Kompromiss...»⁴⁶

Noch am 28. Juni 1937 hatte die *Neue Aargauer Zeitung* zweckoptimistisch verkündet: «Stuckis Idee setzt sich durch». Die nachgebende Haltung, die dem Blatt offensichtlich bereits damals bekannt war, wurde gewürdigt, es wurde aber auch betont, dass dies «keineswegs ein Unfall» sei, denn er habe mit seiner «verdienstvollen Initiative» den Zweck grundsätzlich voll erreicht.⁴⁷ Nach Eugen Dietschis Urteil, konnten alle Beteiligten mit dem Ausgang zufrieden sein: «Es zeigte sich, dass die allgemeine Diskussion der Partei nicht nur nicht geschadet hatte, sondern dass die breitesten Volkskreise dadurch auf sie aufmerksam gemacht worden waren. Aus der Oltener Einigungstagung ging der Freisinn gekräftigt hervor.»

Weitere Reaktionen des Umfelds

Nach der Darlegung von Stuckis Versuch, die Position seiner Partei gegen die Mitte zu öffnen, bleibt noch, einige Dokumente des Dossiers besonders zur Kenntnis zu nehmen. Diese Dokumente ergaben sich aus Kontakten, die im Zusammenhang mit diesem Intermezzo stattfanden. Zum kleineren Teil waren es selbständige Reaktionen auf Stuckis Rede, zum grösseren Teil waren es Stellungnahmen, die erfolgten, weil Stucki den Referatstext verschickt hatte.

Von besonderem Interesse sind einige Schreiben des umtriebigen, in Bern domizilierten Publizisten Eugen Wyler. Dieser strebte damals nicht eine Mitte-Sammlung mit einem gemeinsamen Programm, sondern eine Mitte-Versammlung ohne Programm an. Der rechtsbürgerliche Wyler, der im Kanton Bern aufgewachsen war und an der Universität Bern Jurisprudenz studiert hatte, war Gewerbesekretär des Kantons Glarus, verlegte dann seinen Wirkungskreis wieder nach Bern, leitete da die Schrift *Neue Schweiz* der gleichnamigen Bewegung und machte sich für eine Sammelbewegung der Mitte unter Einschluss natio-

Vernunft», in: Kurt Imhof et al. (Hg.), *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*, Zürich 1993, S. 330–354.

⁴⁶ *Berner Tagwacht* aus Presseschau vgl. oben Anm. 43.

⁴⁷ A. in der Ausgabe der *Neuen Aargauer Zeitung* vom 28. Juni 1937.

nal gesinnter Sozialdemokraten stark.⁴⁸ Noch vor Stuckis Auftritt in Luzern wandte er sich an diesen und bekundete im Namen von Gleichgesinnten der Ostschweiz «grosse Freude» an dessen Reden. Wyler stellte sich als jemanden vor, der seit Jahren «leidenschaftlich» für eine «Reformation des nationalen Lebens» kämpfe. Er lud Stucki «eindringlich» dazu ein, sich an einer in Vorbereitung stehenden «eidgenössischen Tagung aller Schichten des Volkes» mit einem Referat zu beteiligen und den «Ruf zur Sammlung an das ganze Volk» zu verkünden. Seine Zusage würde in der jungen Generation neuen Glauben und neue Begeisterung wecken. Die Sache «marschiere», weite Kreise der Bevölkerung würden grosse Hoffnungen auf ihn setzen. Wyler konnte noch mit der Mitteilung aufwarten, dass der rechtsnationale Eugen Bircher bereits zugesagt und ein Datum genannt habe und dass Robert Grimm, sozialdemokratischer Grossrat (kantonale Legislative) und Gemeinderat (kommunale Exekutive) und schon bald Regierungsrat, sowie Robert Bratschi, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, grundsätzlich ihre Teilnahme in Aussicht gestellt hätten.⁴⁹

Die Tagung hätte ursprünglich noch vor den Sommerferien 1937 stattfinden sollen, sie wurde dann aber auf danach und mit Tagungsort Brunnen geplant. Wyler sah im Juni diesem Treffen «mit grösster Freude» entgegen, seiner agitatorischen Einstellung entsprechend wünschte er jedoch, dass das Programm schon jetzt verbindlich festgelegt werde, «damit während der Ferienzeit keine unterirdische Sabotage vorkommen könne». In zeittypischer Hochstimmung meinte er weiter: «Die neue Generation will eine neue Politik. Diese innere Sehnsucht des ganzen Volkes kann auf die Dauer nicht aufgehalten werden.»⁵⁰ Schon am folgenden Tag deckte er Stucki mit den neuesten bestätigenden Presseausschnitten ein und schloss sein Schreiben mit den Worten: «Das Volk erwartet eine Tat. Diese Tat wird in Brunnen geschehen.»⁵¹ Stucki wäre bereit gewesen, dort aufzutreten, er wünschte aber eine klar fokussierte Auseinandersetzung und keine Erörterungen in alle Richtungen.⁵² Wahrscheinlich wurde nichts aus dem ganzen Vorhaben; je-

48 Wyler war 1917 Mitbegründer der in Bern domizilierten *Schweizerischen Mittelpresse* und muss damals markant rechtskonservative Positionen vertreten haben. Zu Wylers Biografie vgl. www.linsmayer.ch/autoren/W/WylerEugen.html. Vgl. auch Werner, 2000, S. 113 und 338.

49 Bratschi äusserte sich positiv zu Stuckis Vorschlag in der *Nation* vom 3. Juni 1937.

50 Wyler an Stucki, 4. Juni 1937. Wyler bemerkte weiter, man dürfte sich «vom geraden Weg der Mitte» auch von einer NZZ unter keinen Umständen abbringen lassen.

51 Wyler an Stucki, 5. Juni 1937 mit der jüngsten Nummer der *Neuen Schweiz*, in der Stuckis Rede ganz abgedruckt worden war.

52 Stucki an Hug, 24. Mai 1947. Es könnte sich um den damals 39jährigen Walther Hug gehandelt haben, der 1932 zum ordentlichen Professor für Privat- und Handelsrecht an

denfalls finden sich in den Schwyzer Medien vom August/September/Oktober 1937 keine Hinweise auf eine derartige Tagung.⁵³

Weil Stucki, wie manchen anderen, auch dem Aargauer BGB-Nationalrat Roman Abt sein Luzerner Referat zugestellt hatte, erhielt er auch von diesem eine Stellungnahme. Abt sah die Gemeinsamkeit darin, dass es bürgerlicherseits «so» nicht weitergehen könne und zur Rettung der «grossen vaterländischen Idee» nämlich – «etwas Entscheidendes» – geschehen müsse. Abt hielt aber nichts von einem Zusammenwirken mit den Linksparteien, weil diese im geeigneten Momente den Bürgerlichen in den Rücken fallen würden. Er war vielmehr für eine Fusion von FDP und BGB, was neben den katholischen Bürgerlichen zu einer neuen grossen nationalen Partei («Bürgerfront») führe.⁵⁴ Stucki, der Abts Misstrauen gegenüber der Linken nicht teilte, widersprach und erinnerte Abt daran, dass er selbst es gewesen sei, der ihn vor einem Jahr auf die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Grimm und Konsorten aufmerksam gemacht habe. Auf seine Initiative hin habe damals eine «Viererbesprechung» in Stuckis Wohnung stattgefunden.⁵⁵

Antwort bekam Stucki auch von Ernst Laur, Direktor des Schweizerischen Bauernverbands. Sie bestand darin, die Bedeutung seines Verbands herauszustreichen und Stucki mitzuteilen, dass er besser noch vor der Luzerner Rede mit ihm gesprochen hätte. Eine Verständigung mit den Gewerkschaften sei illusorisch, und eine Rückkehr der Bauernpartei in die freisinnige Partei komme nicht mehr in Frage. Sie sei aber kein Gegner, sondern ein zugewandter Ort, wie auch die landwirtschaftlichen Verbände «der beste Wall» gegen einen Linksblock seien.⁵⁶

Stucki wurde im Herbst 1937 zum Gesandten in Paris ernannt.⁵⁷ Gemäss dem Stucki-Biografen Konrad Stamm wurde Stucki bereits vor seinem Luzerner Auftritt ein erstes Mal angefragt, ob er sich als Botschafter zur Verfügung stelle.⁵⁸ In der vorliegenden Literatur ist bisher

der Handelshochschule St. Gallen gewählt worden war und deren Rektor er 1938 werden sollte.

53 Abklärungen des Schwyzer Staatsarchivars Oliver Landolt. Eigene Durchsicht der *Schwyzer Zeitung*, die bloss ergeben hat, dass es am 1. Aug. auf dem Rütli während Bundesrat Etters Ansprache geregnet hat, dass es manche Artikel zum Bau des Bundesbriefarchivs gab und wie am 17. Okt. 1937 der «Neubau» der Hohlen Gasse eingeweiht wurde.

54 Abt an Stucki, 1. Juni 1937.

55 Stucki an Abt, 4. Juni 1937. Es bleibt unklar, um was für ein Treffen es sich handelte.

56 Laur an Stucki, 2. Juni 1937. Anders als im Falle Abts reagierte Stucki auf Laurs Schreiben offenbar nicht.

57 Bundesratssitzungen vom 3. Sept. und 12. Oktober 1937 ohne Angabe der Gründe (BAR: E2500 1968/87, Band 46, Az. a.211).

58 Mündliche Mitteilung Stamms, August 2012.

die nicht abwegige Auffassung geäussert worden, dass der Freisinn, aber auch der für die Aussenpolitik hauptsächlich zuständige Giuseppe Motta den unbequemen und unliebsamen Stucki aus dem Lande befördert hätten.⁵⁹ Im Oktober 1937 erklärte Stucki dem Präsidenten der freisinnigen Partei des Kantons Bern, Grossrat Paul Kunz aus Thun/Wiedlisbach, dass ihm der Entscheid schwer gefallen sei. Er stellte ihm in Aussicht, im bernischen Zentralvorstand diesen zu erläutern, zumal er sich diesem gegenüber wegen der Niederlegung des Nationalratsmandats in einer «drückenden moralischen Schuld» fühle – vollkommen im Gegensatz zu seinem Verhältnis zur schweizerischen Partei.⁶⁰ Schriftlich deutete er nur an: «Leider sind die Dinge durch eine fast tragische Verkettung von Umständen, von denen Sie nicht alle kennen, so geworden, dass mir kaum etwas anderes übrig blieb.» Er verlasse mit sehr schwerem Herzen die Schweiz und insbesondere den Kanton Bern. Aber, fügte er bei: «Ich gedenke meine Tage nicht in Paris zu beschliessen.»

Die *Schweizerische Metallarbeiterzeitung*, Organ der Gewerkschaft, die drei Monate zuvor dem wegweisenden Friedensabkommen zugestimmt hatte, reagierte enttäuscht: Mit Stuckis Abschied von der Politik habe die verheissungsvoll begonnene «Versöhnungsaktion» ein vorzeitiges und ruhmloses Ende gefunden. Die als Nutzniesser der innenpolitischen Zerrissenheit bezeichneten Gegner der Verständigung hätten dieses Mal die Oberhand behalten. Die Bemühungen würden aber fortgesetzt: «Das Problem der politischen Zusammenarbeit wird solange nicht zur Ruhe kommen, bis der Graben, den das Schweizervolk heute trennt, überbrückt sein wird.»⁶¹

Das Stucki freundlich gesinnte *Burgdorfer Tagblatt* berichtete im Januar 1938 über die Abschiedsveranstaltung im Berner Bürgerhaus und rekapitulierte darin Stuckis Erklärung, er habe erkannt, dass er durch seine innenpolitische Tätigkeit mit seiner aussenpolitischen Stellung als Handelsbevollmächtigter in Konflikt geraten könnte, was eine auf die Dauer unhaltbare Situation gewesen sei. Stucki schloss offenbar mit einem sehr warmen Dank an die Berner Kantonalpartei und würdigte an ihr, dass sie «in ihrer Volksverbundenheit allem bornierten

59 Vgl. etwa Morandi, 1995, S. 328 und danach S. 370 mit der allerdings unzutreffenden Aussage, dass Stucki bereits im November 1937 nach Paris «abgeschoben» worden sei. Aus der früheren Literatur: Walter Wolf schreibt: «Den Initiant zog sich aus der Innenpolitik zurück und begab sich als schweizerischer Gesandter nach Paris.» (*Faschismus in der Schweiz*, Zürich 1969, S. 321).

60 Kunz war es offenbar, der Stucki 1935 die Nationalratskandidatur angetragen hatte.

61 Ausgabe vom 16. Oktober 1937. Beifügt wurde noch der Satz: «Die schweizerischen Ingenieure sind Meister des Brückenbaus; es wird Zeit, dass die schweizerischen Politiker zu ihnen in die Lehre gehen.»

Klassengeist abhold» sei.⁶² Die sozialdemokratische *Berner Tagwacht* stürzte sich sogleich auf diesen Bericht und sah darin Stuckis Geständnis, dass er den «Stuckismus» im Stich lasse und sich nach Paris abschieben lasse – er also «vor den innenpolitischen Aufgaben, kühn angefangen, geflohen ist.»⁶³ Von «Stuckismus» sprachen nur Jungliberale und Sozialdemokraten. Freisinnige dürften darin eine zu starke Personalisierung gesehen und generell neue «Ismen» als unerfreuliche Konzessionen an den Zeitgeist empfunden haben; ihnen genügte der Liberalismus.

Im Lichte der weiteren Entwicklung und unter dem Aspekt des persönlichen Gelingens oder Misslingens kann man zum Schluss kommen, dass Stucki «etwas zu früh» gekommen sei. Man kann aber auch der Meinung sein, dass gerade von dieser Aktion ein nicht unwichtiger Impuls auf die weitere Entwicklung ausgegangen sei. Der weitere Gang der Dinge kann hier nur skizziert werden. Nach den Luzerner und Oltener Parteitage und unter expliziter Berufung auf diese wandte sich die freisinnig Parteileitung in einem beinahe feierlich wirkenden Rundschreiben an alle grossen und grösseren Parteien (Katholisch-konservative, Sozialdemokraten, Bauern, Gewerbe und Bürger, Liberaldemokraten, Bauernheimatbewegung, Landesring der Unabhängigen) und bat diese um Mitteilung, «ob Sie geneigt sind, sich mit unserer schweizerischen Partei in Verbindung zu setzen, um eine dem Interesse des Landes dienliche Lösung» der in acht Punkten aufgeführten Postulate zu finden. Nicht zufällig standen auf den beiden ersten Positionen der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit «durch eine den Notwendigkeiten Rechnung tragende vermehrte zusätzliche Arbeitsbeschaffung» sowie eine fortgesetzte Preisüberwachung und «Massnahmen gegen ungerechtfertigte Verteuerung der Lebenshaltung».⁶⁴

Die FDP machte damit das Gleiche, was die Richtlinienbewegung kurz zuvor mit der Unterbreitung ihres Papiers unternommen hatte und worauf die FDP nicht eintreten wollte, weil es nicht ihr eigenes Grundlagenpapier war.⁶⁵ Die von der FDP angesprochenen anderen Parteien konnten in diesem Fall schlecht auf diese Umfrage nicht reagieren. Selbst die Sozialdemokraten, die über die der Ersatzresolution noch

62 (W.), *Burgdorfer Tagblatt* vom 19. Januar 1938.

63 *Berner Tagwacht* vom 19. Januar 1938.

64 Ganzes Dokument vom 15. Juli 1937 in Dietschi, 1979, S. 147ff. Ebenfalls publiziert zusammen mit den Rückmeldungen der Parteien unter dem Titel «Nationale Zusammenarbeit» in der *Politischen Rundschau* 16. Jg., H 9, Sept. 1937, S. 345–360. Die folgende Präsentation der Stellungnahmen folgt der vom Heft vorgenommenen Reihenfolge.

65 Morandi, 1995, S. 328ff.

vor dem Oltener Treffen informiert waren und sie vorsorglich als völlig unbrauchbar abqualifizierten, liessen sich nochmals zu einer Antwort herbei.⁶⁶ Die «Übung» bot allen Beteiligten Gelegenheit zu einer kleinen Selbstdarstellung und gab der FDP selber die billige Möglichkeit, sich als zentrale Kraft allfälliger Absprachen in Szene zu setzen. Die Vernehmlassung trug Züge eines rituellen Verfahrens, das die Beteiligten nicht weiterbrachte. In ihr kam aber doch eine indirekte Anerkennung der Parteienvielfalt unter beinahe gleichgestellten Kräften zum Ausdruck und damit etwas, was damals in allen Nachbarländern undenkbar gewesen wäre.

Die Reaktionen? Die katholisch-konservative Volkspartei war für mündliche und restriktive Besprechungen unter den Regierungsparteien (also ohne Sozialdemokraten) bereit und betonte, sozusagen zur Rechtfertigung der Restriktion, dass man sich in «unverrückbaren Grundlagen» der politischen und sozialen Ordnung des Landes einig sein müssen. Auch die Liberalen riefen in ihrer kurzen Stellungnahme die «essentiellen Prinzipien» in Erinnerung und waren «sogar» bereit, mit allen von der FDP angeschriebenen Parteien Verständigungsversuche zu unternehmen. Der Landesring wollte eine «gemeinschaftliche öffentliche Versammlung» und wenn möglich die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution. Die Antwort der BGB enthielt zum Teil scharfe Vorbehalte und Kritikpunkte: Zusammenarbeit setze eine gewisse Loyalität voraus, und diese wesentliche Voraussetzung sei nicht bei allen Adressaten des FDP-Schreibens gegeben. Zudem schlage das Schreiben gar nichts Neues vor. Bereits Mitte März 1937 sei eine Übereinkunft für eine engere Zusammenarbeit unter den Regierungsparteien abgeschlossen worden, seither habe man aber nichts mehr gehört; zudem würden heute noch Teile der freisinnigen Partei der «Richtlinienbewegung» angehören, die sich doch als aggressiver Gegner der bürgerlichen Parteien erwiesen habe. Die Bauernheimatbewegung reagierte grundsätzlich erfreut, kritisierte aber, dass die Zielsetzungen nur «summarisch hingeworfen» worden seien, das Programm «lückenhaft und ungenügend» sei und pries die von ihr unterstützte «Richtlinienbewegung». Die Sozialdemokraten würdigten, dass die Regierungsparteien mit der Opposition zusammenarbeiten wollten, und

66 Die vorweg abgegebene Stellungnahme der SP-Parteileitung wurde zusammen mit der Berichtersattung zum FDP-Parteitag in extenso veröffentlicht. Die neue Resolution sei eine Torpedierung der Verständigung, da sie die sozialistische Arbeiterschaft unter das «kaudinische Joch» beuge und zur Aufgabe ihrer wesentlichen Grundsätze zwingen wolle. Es sei nichts mehr von der ursprünglichen Absicht enthalten, unter «gegenseitiger Achtung der verschiedenen Grundauffassungen» eine gemeinsame Plattform für eine praktische Zusammenarbeit zu finden (*Der Bund* vom 12. Juli 1937).

bemerkte, dass die beiden erstgenannten Punkte des FDP-Programms von ihnen bereits seit langem gefordert worden seien, doch eine Aufzählung allein genüge nicht, man müsse sich über den einzuschlagenden Weg einigen. Die SP erwartete, dass Lösungen unter aktiver Mitwirkung des Volkes zustande kommen müssten, und erklärt abschliessend noch immer mit klassenkämpferischer Rhetorik, dass sie bei aller Zusammenarbeit doch am eigenen Programm festhalten würde und dies die Beseitigung jeder Ausbeutung «durch Überwindung der Herrschaft des Kapitals und der dadurch bevorrechteten Klasse» anstrebe.

Inzwischen war mit dem Friedensabkommen in der Uhren- und Metallindustrie vom 19. Juli 1937, an dem der freisinnige Solothurner Industrielle Ernst Dübi, Generaldirektor der Von Roll'schen Eisenwerke und Präsident des Arbeitgeberverbandes Schweizer Maschinen- und Metallindustrieller (ASM), wesentlichen Anteil hatte, ein wichtiger Schritt in der Anerkennung der sozialpolitischen Partnerschaft zustande gekommen.⁶⁷

Noch vor dem beinahe allseits befürchteten Kriegsausbruch «rauf-ten» sich, wie es in der Literatur heisst⁶⁸, die Rechte und die Linke zu einem Finanzprovisorium zusammen. Dieser Kompromiss wurde im November 1938 in einer Volksabstimmung mit 72,3 % Ja-Stimmen abgesegnet. Kurz darauf folgte eine weitere, ähnliche Bestätigung: Die Volksabstimmung vom Juni 1939 hiess mit 69,1 % Ja-Stimmen einen Kredit von 328 Mio. Franken gut, der teils für militärische Landesverteidigung, teils für Arbeitsbeschaffung (bzw. den Abbau der Arbeitslosigkeit) eingesetzt wurde.

Eine formelle Bestätigung des parteipolitischen Zusammenrückens war bereits in der Reaktion auf den Anschluss Österreichs erfolgt. Die Erklärung vom März 1938 schien zwar vor allem die Abwehrbereitschaft gegen aussen zu manifestieren. Sie hielt aber auch fest: «Die Einigkeit unter allen Eidgenossen muss den Sieg über politische und wirtschaftliche Gegensätze davontragen, und unsere internen Auseinandersetzungen müssen sich in Würde, in der gegenseitigen Achtung vor der Auffassung der anderen und im Rahmen unserer demokratischen Einrichtungen vollziehen.» Die «Richtlinien»-Bewegung war mit ihren programmatischen Erklärungen an der Erarbeitung dieser Stellungnahme beteiligt. Einer ihrer in der Endversion allerdings nicht mehr berücksichtigten Schlüsselsätze lautete: «Kein Teil und keine Gruppe

67 Bernard Degen et al. (Hg.), *Arbeitsfrieden – Realität eines Mythos*, Zürich 1987 («Widerspruch»-Sonderband).

68 Wolf Linder et al. (Hg.), *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1948–2007*, Bern 2010, S. 189.

unseres Volkes darf die Geschicke des Landes alleine bestimmen und die anderen von Mitwirkung und Mitverantwortung ausschliessen.»⁶⁹

«Gegenseitige Achtung vor der Auffassung der anderen und im Rahmen unserer demokratischen Einrichtungen» – diese Formulierung war ein Bekenntnis zur neuen, auch auf nationaler Ebene mit einer erweiterten Basis ausgedehnten Konkordanzpolitik und eine entschiedene Absage an die frühere, von antagonistischen Lagerpositionen ausgegangene Konfrontationspolitik.

⁶⁹ Rolf Zaugg-Prato, *Die Schweiz im Kampf gegen den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 1918–1938*. Bern 1982 (Diss. Uni Basel). S. 224ff.

Anhang

Die politische Lage und unsere Aufgabe

Referat von Minister Dr. Stucki

Unsere Väter hatten es wesentlich leichter als wir: Im Kampf gegen Zopf und Reaktion stunden sie, getragen von der Begeisterung für freiheitliche, weltanschaulich verankerte Ideale in einer machtvollen Opposition und führten sie in gewaltigem Ansturm zum Sieg. Was ihnen Kraft und Glauben gab, waren geistige Zielpunkte, war nicht Streit um Preis und Lohn. Und dann, zur Macht gelangt, war es ihnen beschieden, in ruhiger und zielbewusster Arbeit eine liberale Demokratie auf- und auszubauen. Einer einheitlichen starken Regierung stand eine sichere Mehrheit im Parlament zur Seite und beide fanden meistens, nicht immer, eine solide Grundlage im Volk.

Und wir? Krieg und Wirtschaftskrise haben uns immer grössere wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht, ob deren Tagesnöten wir nach und nach den geistigen Inhalt unserer Staatsidee wie auch die dominierende Aufgabe unserer Staatsidee wie auch die dominierende Aufgabe unserer Partei vergessen haben. Die Bedeutung der wirtschaftlichen Fragen und die Auswirkungen des Proporz haben dazu geführt, dass in unsern Ratssälen, in den Volksversammlungen und in der Presse die Auseinandersetzungen um Ziel und Aufgaben der schweizerischen Eidgenossenschaft den ununterbrochenen Kämpfen um wirtschaftliche Vorteile haben weichen müssen. Damit ist auch der Kampf selber auf ein tieferes Niveau gesunken und musste schlechterdings zu einem Kampfe aller gegen alle werden.

Ich habe die Überzeugung, dass man in unserem Volk, und zwar in allen seinen Schichten, von dieser Art der politischen Auseinandersetzungen genug, übergenug hat. Denn man empfindet, meist noch unbewusst, die grosse, die gewaltige Gefahr, die auf die Dauer jedem Volk droht, dessen Anstrengungen sich auf rein materielle Güter konzentrieren und das das Verbindende, die Gemeinsamkeit der Staatsidee vergessen und verloren hat.

Dass von einer solchen Krise eine Partei wie die unsrige, die den Kampf für einseitige Wirtschaftsinteressen nicht führt und niemals führen darf, in besonders schwerer Weise betroffen wurde, ist selbstverständlich: um so selbstverständlicher, als die frühere stolze Fahne des wirtschaftlichen Liberalismus nicht unbefleckt aus diesen Kämpfen hervorgegangen ist und heute mit gutem Gewissen auch nicht vorangetragen werden kann, wie dies früher möglich war.

Nicht besser steht es mit den äusseren Formen der Willensbildung in unserem demokratischen Staatswesen. Wohl haben wir immer noch, wie lange vor dem Krieg, eine freisinnige Mehrheit im Bundesrat, allein dieser Bundesrat kann ja auch mit dem besten Willen nicht «freisinnig» im alten Sinne des Wortes regieren, Kompromisse, selbst schwerwiegende Kompromisse, sind unumgänglich und nehmen der Regierungsführung viel von ihrer klaren Zielsetzung und ihrer einheitlichen Kraft. Bedeutend schlimmer sieht es aus in der eigentlichen gesetzgebenden Behörde, vor allem im Nationalrat. Die Verhältnisse sind zu bekannt, als dass ich sie zu schildern brauchte. Sicher ist, dass sie nicht nur im Volke schlechten Eindruck machen, sondern auch für viele Mitglieder des Parlamentes selber immer unerträglicher werden. Gewiss, eine Zeitlang mag diese Flickerei

und Leimerei noch fortgeführt werden können. Zugegeben, dass mit Bundesratsbeschlüssen, mit dringlichen Bundesbeschlüssen und mit Polizeimassnahmen noch einige Zeit «regiert» werden kann. Ebenso sicher aber ist, dass damit die bestehende Entfremdung, das gegenseitige Misstrauen zwischen Parlament und Volk verstärkt wird und dass die Spannung eines Tages recht gefährlich werden könnte.

Nun liegt aber in unserer direkten Demokratie die politische Willensbildung in den wichtigen Fragen überhaupt nicht bei Bundesrat und Parlament, sie liegt beim Volk. So will es die Verfassung, die wir geschworen haben. Dieses Volk aber zerfällt heute viel weniger in 22 Kantone als in wirtschaftlich verschieden orientierte und sich weitgehend gegenseitig bekämpfende Gruppen. Und durch diese Gruppen hindurch zog sich lange Zeit und zieht sich vielleicht heute noch, wenigstens nach Ansicht gewisser Leute, der breite Graben, der die sog. «Bürgerlichen» von der sog. «Linken» trennt. Dieser Graben war und ist breit und unüberbrückbar, solange die grossen Arbeitermassen unseres Landes international, antimilitaristisch und klassenkämpferisch eingestellt waren und ihren Feind bei den bürgerlichen Klassen des eigenen Landes, ihren Freund in der Arbeiterschaft der anderen Länder erblickten, jederzeit bereit, diesen «Feind» jenem «Freund» zu opfern. Und diese Klassenkampfidee, wenigstens in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung, hat, geben wir das ruhig zu, weitgehend Eingang gefunden auch in andern Berufsgruppen unseres Landes, bei den Bauern, im Gewerbe, ja selbst in den Organisationen der frei erwerbenden Mitbürger.

Diese Entwicklung musste bei uns die gleichen Resultate zeitigen, die sie zu allen Zeiten und in allen Völkern gezeigt hat: Eine rein materiell-wirtschaftliche Orientierung kann auf die Dauer weder Einzelne noch die Gruppen noch den Staat befriedigen und vor Gefahr bewahren. Der Kampf aller gegen alle schwächt schlussendlich alle, und jeder einseitig eingestellten Richtung folgt, es ist das ein Naturgesetz, eine noch einseitiger eingestellte neue Bewegung. «Chacun est le bolschéviste de quelqu'un.» Der gemässigte Sozialismus wird überboten durch den Kommunismus, Herr Laur durch Herrn Hans Müller, Herr Musy durch Herrn Oltramare oder Herrn Tobler.⁷⁰

Diese skizzierte Zersplitterung hat dazu geführt, dass, nach Ansicht vieler Kenner, auf eine positive Willensbildung in der Volksabstimmung nicht mehr gezählt werden kann, jedenfalls nicht für wirtschaftliche und finanzielle Fragen. Das ist, in wenigen Strichen gezeichnet, meines Erachtens ungefähr die heutige Situation. Sollen wir uns wundern, dass es so gekommen ist? Sollen wir klagen und jammern, weil unsere Aufgabe so unendlich viel schwieriger ist als die früherer Generationen?

Wundern müssen wir uns in der Tat: Aber doch wohl einzig darüber, dass die Änderung in unserem Lande so klein geblieben ist verglichen mit den gewaltigen Umwälzungen, die wir rings um uns erblickt und miterlebt haben. Kaiser- und Königreiche sind durch Revolutionen beseitigt, neu entstandene Demokratien durch Diktaturen abgelöst worden. Wo wir mit Behagen, oft mit Neid, eine gemütliche, hoch kapitalistisch veranlagte Bourgeoisie an der Regierung sahen, herrscht heute eine Volksfront, in deren Regierung nicht nur Sozialisten sondern

70 Bauernführer Ernst Laur durch den Jungbauernführer Hans Müller-Grosshöchstetten; alt Bundesrat Jean-Marie Musy durch die Frontisten Georges Oltramare und Robert Tobler.

gar Kommunisten ein ausschlaggebendes Wort mitsprechen. Selbst da, wo die eingetretenen Änderungen weniger umwälzenden Charakter aufweisen, sahen wir Könige Sozialisten mit der Regierungsbildung betrauen.⁷¹ Und diese Staaten sind trotzdem kapitalistisch-bürgerlich geblieben und es ist keineswegs so gekommen wie sich aus ihrer Ruhe aufgeschreckte Kaffeetanten bei uns und anderswo vorgestellt haben. Nur dort, wo die sozialen Gegensätze unerträglich geworden waren, wo nicht rechtzeitig zum Rechten gesehen worden ist, da sehen wir ein unglückseliges Land sich im wildesten Bürgerkriege zerfleischen.⁷²

Auch zu klagen brauchen wir noch nicht. Wir müssten es, wenn die Zerrissenheit und Spaltung unseres Volkes eine hoffnungslos endgültige wäre, wenn wir nicht mehr den Glauben aufzubringen vermöchten, dass bestehende Gräben überbrückbar sind und dass allen bestehenden Interessengegensätzen und Meinungsverschiedenheiten zum Trotz die leitende und verbindende Idee doch wieder gefunden und zum Leuchten gebracht werden kann.

Als Realpolitiker, der sich 20 Jahre lange vorwiegend mit materiellen Wirtschaftsfragen befasst und die grosse Schwierigkeit der Überbrückung wirtschaftlicher und sozialer Gegensätze wahrhaftig gut genug kennt, rufe ich es aus mit tiefer Überzeugung: Diese Zersplitterung ist nicht unheilbar, sie kann weitgehend überbrückt werden und die leitende und zugleich zündende Idee, die über diese wirtschaftlichen und sozialen Gegensätzen hinaus führt, ist den Eidgenossen durch ihre Väter gegeben worden, sie ist da, sie braucht nicht neu erfunden zu werden. Eidgenossen, Volksgenossen waren wir schon einige Jahrhunderte früher als «rote» Genossen oder «Partei»-genossen überhaupt entstanden sind.

Wenn wir in allen Lagern, die mit uns in der Demokratie, in der Volksherrschaft, die leitende Staatsidee der Schweiz erkennen und zu verteidigen gewillt sind, auch nur eine verhältnismässig kleine Anstrengung zur «Entrümpelung» unserer Gehirne machen, wenn wir uns von der Idee befreien, dass alles immer gleich bleiben müsse, weil es immer so gewesen sei, dann ist jetzt die Zeit zu handeln und wir dürfen handeln mit Aussicht auf Erfolg.

Dies möchte ich noch etwas näher begründen. Ich sehe die Voraussetzungen in folgendem:

Mein bisheriges Eintreten für die Sammlung auf die Mitte, für eine starke Volksgemeinschaft, hat mir zwar wohl ein reiches Mass persönlicher Verunglimpfung und gemeinen Hasses zugezogen. Dies wird aber weit überwogen durch das überraschend starke Echo, das mir aus allen Volksteilen zugekommen ist. Ich hatte Gelegenheit festzustellen, wie gross der Unmut gegen partei- und wirtschaftspolitische Zersetzung, wie tief das Sehnen nach Verständigung, nach Ruhe und Vertrauen in allen Volkskreisen ist. Dazu kommt, dass in weiten Kreisen die Überzeugung durchgedrungen ist, dass kein Volksteil allein mehr stark genug ist, die Geschicke des Landes zu bestimmen und dass eine Zusammenarbeit unbedingtes Erfordernis ist. Sie ist um so notwendiger, weil wir alle empfinden, dass, im Gegensatz zu früher, heute die Demokratie stark bekämpft und bedroht ist. Sie aufrecht zu erhalten und zu retten aber ist der feste Wille der ganz überwiegenden Mehrheit unseres Volkes.

71 Stucki bezieht sich hier auf Schweden und Belgien.

72 Anspielung auf die Verhältnisse in Spanien.

Dabei scheint mir nun von ganz besonderer, ja ausschlaggebender Bedeutung zu sein, dass das sogenannte «arbeitende Volk» – als ob wir andern, wir Bürgerlichen, nicht auch arbeiten würden! – diese Bedrohung der Demokratie besonders stark empfindet und dadurch zu einer wesentlichen Veränderung seiner Einstellung zu den wichtigsten Landesfragen veranlasst wurde. Die Arbeiterschaft, die Lohnarbeiterschaft, steht heute auf nationalem und auf demokratischem Boden, anerkennt die Demokratie als hohes Gut und sie ist bereit, es gemeinsam mit uns zu verteidigen.

Man wendet ein, namentlich auch in unseren Kreisen, diese Schwenkung sei nicht ehrlich, sei Taktik, sei Bluff. Ich teile diese Ansicht, jedenfalls was den ganz überwiegenden Teil der schweizerischen Arbeiterschaft anbelangt, nicht. Als Realpolitiker habe ich gelernt, in solchen Fragen mehr auf Einsicht und Verstand, als auf Moral und Gefühl zu bauen. Von diesem Standpunkte aus gesehen, ist es doch wohl so, dass die schweizerische Arbeiterschaft den Traum «Proletarier aller Länder vereinigt Euch» ausgeträumt hat. Sie sieht ein, dass sie von ihren «Genossen» in andern Ländern nichts zu erwarten und zu hoffen hat, ja dass eine Verwirklichung marxistischer Ideen in der Schweiz gefährliche, auch für sie gefährliche internationale Komplikationen bewirken könnte.

Die Ereignisse in andern Ländern haben ihr zum Bewusstsein gebracht, dass sie, geistig und materiell, vieles, sehr vieles zu verlieren hätte, das heute als verteidigungswürdig anerkannt wird. Dazu kommt, dass auch der Arbeiter, auch der schweizerische Arbeiter, von Lohnkämpfen und andern gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen allein nicht gesättigt wird. Sein Ideal, für das er am 1. Mai gemeinsam mit den Arbeitern der ganzen Welt demonstriert hat, verflüchtigt sich, und er ist dem andern Ideal, der Schicksalsgemeinschaft und der Zusammenarbeit mit Bauer und Handwerker, mit Beamten und Lehrern, ja sogar mit Baumeister, Ingenieur und Fabrikherrn zugänglicher geworden. Er streckt uns seine Hand hin, wir dürfen sie nicht zurückweisen. Man sagt, das seien schöne Worte, eine Botschaft, für die man den Glauben nicht aufbringen könne. Wir haben doch nun etwas mehr gesehen als nur Worte. Wir sahen am Zürcher Parteitag schweizerische Arbeiterführer mit allem Nachdruck eintreten für diese geänderte Auffassung. Sie sind darob masslos angegriffen, ja beschimpft und ausgepiffen worden. Sie traten einem Parteitagsbeschluss zum Trotz für die Wehrkredite ein. So handelt man kaum, wenn es sich nicht um innere Überzeugung, wenn es sich nur um «Bluff» handelt. Wir standen diesen Führern eines Teils unseres Volkes lange Zeit ablehnend, ja feindlich gegenüber. Mich hindert dies nicht, ihren Mut zu einer neu gebildeten Überzeugung anzuerkennen, und ich möchte mich, was den Mut zur persönlichen Überzeugung anbelangt, durch keinen Arbeiterführer beschämen lassen. Hieran ändert für mich auch die Tatsache nichts, dass wir die Abkehr vom Kommunismus und von gewissen Herren der sozialistischen Linken, an deren neue Überzeugung wirklich niemand zu glauben vermag, gerne deutlicher betont gesehen hätten. Man darf und soll aber bei einer immerhin so deutlichen und bedeutungsvollen Wandlung nicht zu viel auf einmal verlangen und nicht ob dem Negativen das grosse Positive vergessen. Es gibt aber noch einen andern sachlichen Grund, der mich an die Ehrlichkeit der Wendung glauben lässt. Die Erfahrungen, die einerseits in Genf⁷³ gemacht wurden und anderseits täglich bei

73 Zusammenstoss zwischen kommunistischen Demonstranten und Ordnungstruppen vom 9. November 1932 mit 13 Toten und rund 60 Verletzten.

unserem westlichen Nachbarn zu verfolgen sind, sprechen in einer derartigen Eindringlichkeit zum schweizerischen Arbeiter, dass er bedeutend weniger gescheit und sehr viel temperamentvoller sein müsste, als er im allgemeinen ist, um die Lehre nicht zu beherzigen.

Diese Überlegungen führen unmittelbar zur Frage, ob die «Richtlinien»⁷⁴, die als politische Zeile vor allem der Arbeiterschaft aufgestellt worden sind, richtig und für uns annehmbar sind, ob auf dieses Programm die Sammlung auf die Mitte möglich sei. Ich bedaure aufrichtig, diese Frage auch heute verneinen zu müssen. Dass bei dieser Richtlinienbewegung ein gut Teil Machtstreben und auch Demagogie zur Geltung kommt, ist dabei nicht einmal ausschlaggebend. Haben wir Freisinnige etwa nicht nach Macht gestrebt, haben wir uns immer von Demagogie frei gehalten? Ausschlaggebend aber scheint mir zu sein, dass die Richtlinienbewegung eine ausgesprochene Linksbewegung geworden ist, die zwar grosse Teile unseres Volkes umfasst, die aber zu verkennen scheint, dass sie den Auffassungen noch grösserer Teile nicht gerecht wird. Das Schweizervolk, das fast vollständig identisch ist mit dem arbeitenden Schweizervolk, besteht nicht nur aus Lohnarbeitern, Angestellten und Jungbauern. Und nie wird eine Bewegung eine Volksbewegung sein oder werden können, die die selbständigen Existenzen in der Landwirtschaft, im Mittelstand und in den freien Berufsarten beiseite lässt.

Den Richtlinien als solchen, die keineswegs marxistisch, die nicht einmal staatssozialistisch sind, kann man weitgehend zustimmen. Die Richtlinienbewegung, wie sie sich bis jetzt entwickelt hat, kann als solche die Konzentration auf die Mitte noch nicht sein. Sie steht links der Mitte. Sie mag zwar stark genug sein, in Opposition und Kampf Volksabstimmungen, insbesondere solche über wirtschaftliche und finanzielle Fragen, negativ zu beeinflussen. Sie ist niemals stark genug selber positive und aufbauende Arbeit zu leisten. Ich glaube mich nicht zu täuschen in der Annahme, dass sich ihre Führer hierüber Rechenschaft geben und deshalb zur Zusammenarbeit und damit zu Konzessionen bereit sind. Wenn dies nicht die richtige Politik ist, worin besteht sie dann?

Um diese Frage zu beantworten muss man sich vergegenwärtigen, dass die politischen Fragen wohl in zwei Gruppen zerfallen: Eine Gruppe umfasst die Probleme, die unverrückbar feststehen und feststehen müssen, bei denen Konzessionen nicht möglich sind. Auf der andern Seite stehen zahllose Fragen, bei denen man unmöglich das Monopol der einzig richtigen Lösung für sich beanspruchen kann und darf, wo man in guten Treuen verschiedener Ansicht sein kann, wo Kompromisse möglich, ja notwendig sind, ohne dass damit die Politik zu einer «schlechten» wird. Hier handelt es sich vorwiegend um Fragen des Masses, weniger des Grundsatzes. Jeder wird diese Aufteilung mehr oder weniger verschieden beurteilen. Meiner Auffassung nach sind die verrückbaren Pfeiler unserer Auffassung etwa die folgenden:

1. Erhalten unserer demokratischen Staatsform.
2. Uneingeschränktes Bekenntnis zur geistigen, militärischen und wirtschaftlichen Landesverteidigung.
3. Erhalt des religiösen Friedens.
4. Soziale Gerechtigkeit und möglichste Förderung der Wohlfahrt aller wichtigen Volksteile.

⁷⁴ Vgl. Anm. 17 im vorangehenden Aufsatz.

Das sind auch die Hauptprogrammpunkte der Richtlinien; hier besteht kein Gegensatz. Ich füge aber Folgendes bei:

5. Anerkennung und Bewahrung der föderativen Struktur unseres Landes.
6. Anerkennung des Privateigentums und des Grundsatzes, dass die Wirtschaft auf dem Individuum und nicht auf dem Staat ruht. Klare Erkenntnis einerseits der Pflichten des Staates, anderseits seiner begrenzten Möglichkeiten.
7. Anerkennung, dass an gesunden Staatsfinanzen alle Volksteile ohne Ausnahme ein dominierendes Interesse haben und dass deshalb die Hilfeleistung des Staates in seiner Finanzkraft und dass diese in der Tragfähigkeit der Wirtschaft ihre Begrenzung findet.
8. Ablehnung zwar nicht der Parteien, aber der Klassenkampfidée.
9. Anerkennung weitgehender sozialer Pflichten des Kapitals wie auch Anerkennung, dass zu schwere Belastung des Kapitals sich zum Nachteil aller Volkskreise auswirkt.

Aus dieser positiven Umschreibung ergeben sich negativ z.B. weiter folgende Umgrenzungen:

1. Der Staat kann und darf dem Einzelnen die Sorge für seine Existenz und seine Familie nicht abnehmen, er ist nicht in der Lage allen Volksgenossen genügendes Einkommen sicher zu stellen.
2. Der Staat kann und darf in Zeiten gestörter Wirtschaft auf Eingriffe in diese nicht verzichten, wenn sonst wichtige Volksteile (Landwirtschaft, Gewerbe, Lohnarbeiter) unerträglich belastet würden.
3. Der Staat soll neue Aufgaben nicht übernehmen, wenn dafür die Mittel fehlen und diese nur durch eine Belastung der Wirtschaft beschafft werden könnten, die über kurz oder lang für alle nachteilig wird.
4. Der Ruf nach Ausgleich des staatlichen Budgets ist berechtigt, darf aber nicht ausschlaggebend sein, solange wichtige Staatsaufgaben anders nicht mehr gelöst und für die Wirtschaft erträgliche neue Mittel nicht beschafft werden können.

Für diese Darstellung beanspruche ich weder das Monopol der absoluten Richtigkeit noch der Vollständigkeit. Es ist lediglich eine Skizze. Sie genügt aber zur Beantwortung der Frage, ob innerhalb der so gesteckten Grenzen eine Verständigung zwischen den demokratisch eingestellten wichtigsten Volkskreisen möglich ist. Ich bejahe diese Frage. Die hier in Luzern beendeten Arbeiten der Kommission für Wirtschaftsgesetzgebung, in der alle wichtigen Volksgruppen vertreten sind, haben zu einer Einigung geführt über die wichtigsten und grundsätzlichen Fragen der Handelspolitik (inkl. Einfuhrbeschränkungen, Clearingverträge, Zölle usw.) sowie über die Stellung des Staates zu Landwirtschaft und Mittelstand. Mit Bezug auf Löhne und Preise herrscht Einverständnis, dass Preis- und Lohnherabsetzungen nicht erfolgen sollen, dass gegenteils eine langsame und vorsichtige Anpassung der Löhne und Preise gerechtfertigt sei. Über Mass und Tempo wird man immer verschiedener Ansicht sein, aber unüberbrückbar sind selbst diese Gegensätze nicht. Die soviel diskutierte Kaufkrafttheorie wird weder von der einen Seite zum dominierenden Element der Wirtschaftspolitik erklärt noch wird ihr von der andern Seite jede Berechtigung schlechthin abgesprochen. Einigkeit besteht auch in der Erkenntnis, dass für die Wirtschaftspolitik die wichtigste Aufgabe darin besteht, die Arbeitslosigkeit möglichst zu beseitigen und

dass zu diesem Zwecke der Staat bei der Schaffung von Arbeitsgelegenheit mit-
helfen muss. Wenn die Meinungen auch über das Mass und die Finanzierung die-
ser staatlichen Arbeitsbeschaffung noch auseinander gehen, so sind die Differen-
zen doch nicht so, dass daran die demokratische Zusammenarbeit scheitern
müsste. Schwieriger ist eine Einigung in finanzpolitischen Fragen. Die Ergebnisse
der wirtschaftspolitischen Verständigung berechtigen aber zur bestimmten Hoff-
nung, dass die begonnene Arbeit auch hier schliesslich von Erfolg gekrönt sein
wird. Über die Lösung der verkehrspolitischen Probleme vermag ich mir ein Ur-
teil vorläufig noch nicht zu bilden.

So besteht denn die Hoffnung, für die wichtigsten Fragen der Wirtschafts-
und Finanzpolitik eine Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitneh-
mer, zwischen Stadt und Land, eine Konzentration auf eine tragfähige Mitte un-
seres Volkes zu organisieren. Die Skeptiker und die Bekämpfer dieser Idee müs-
sen nie aus den Augen verlieren, was geschehen würde, wenn dem nicht so wäre:
Die Richtlinienbewegung würde zwangsläufig mehr als bisher noch zu einem
eigentlichen Linksblock, was wiederum die schon bestehende Bewegung zur
Formierung eines Rechtsblocks verstärken müsste. Es stünden sich dann gar bald
zwei Gruppen in scharfem Kampfe gegenüber, von denen jede stark genug wäre,
positive Arbeit auf dem Boden der Volksbefragung zu hindern, keine aber die
Schicksalsfragen des Landes auf demokratischer Basis regeln könnte. Es gäbe
dann selbst für uns keine andere Möglichkeit mehr, als die bestehende Konstel-
lation im Parlament auszunützen und auszubauen und gar mancher würde vor die
Gewissensfrage gestellt, ob dann dringliche Bundesbeschlüsse, selbst ein Voll-
machtenregime des Bundesrates, nicht doch noch besser wären als das Chaos, als
das Nichts. Wie rasch aus dieser Situation Diktatur- und Putschgelüste entstehen
könnten, ist ohne weiteres klar.

Was dem Kanton Bern kürzlich durch Zusammenarbeit seiner wichtigsten
Bevölkerungsgruppen gelungen ist, was mit Bezug auf Wirtschafts- und Sozial-
politik im kleinen Kreise vernünftiger, zur Zusammenarbeit fest entschlossener
Männer aller Lager möglich war, das wird, so hoffe ich, auch auf dem Gebiete der
Eidgenossenschaft und für alle entscheidenden Fragen möglich sein, weil es mög-
lich sein muss.

Neben der grossen materiellen Bedeutung einer solchen Zusammenarbeit
liegt darin aber auch das Besinnen auf die schweizerische Staatsidee und der Wie-
dergewinn eines geistigen Gutes höchster Bedeutung, das wir verloren haben.
Man wird vorübergehend zum Kampfe gegen andere Volksgruppen mit Erfolg
die eigenen Massen sammeln und erhitzen können. Auf die Dauer hält die Samm-
lung zum Negativen nie. Wenn es uns aber gelingt, in alle Volkskreise wieder die
Idee hinein zu tragen und lebendig zu machen, dass die schweizerische Eidgenos-
senschaft entstanden ist und durch Jahrhunderte bestanden hat als Bund vieler
Kleiner zu einer starken Einheit; dass wir bewusst und stolz der für andere Län-
der einigenden Königs- oder Führeridee den Gedanken des kleinen demokra-
tischen Völkerbundes, der alle wichtigen Teile der Völker beziehungsweise des
Volkes umfasst, entgegenstellen und uns dafür mit ganzer Kraft einsetzen, dann
kann es gut kommen. Und wir Freisinnige haben, wie keine andere Partei, das
Recht und die Pflicht, zur demokratischen Sammlung und Zusammenarbeit
aufzurufen und die Zersplitterung zu bekämpfen.